

Meldungen

zusammengestellt von Thomas Ruttig

Afghaninnen-Demo gegen Taleban

Parallel zu den Afghanistan-Verhandlungen in der pakistanischen Hauptstadt Islamabad ist es am 28. April in der Hauptstadt der pakistanischen North-West Frontier Province (NWFP), Peshawar, zu Zusammenstößen zwischen demonstrierenden Frauen und Taleban-Anhängern gekommen. Etwa 1.000 Afghaninnen waren dem Aufruf der 'Revolutionären Vereinigung der Afghanischen Frauen' (RAWA) gefolgt, anlässlich des 6. Jahrestages der "islamischen Machtübernahme" in Kabul gegen die frauenfeindliche Politik aller Fraktionen zu demonstrieren, berichtete 'Voice of America'. Auf Transparenten hätten sie sowohl die Taleban als auch die gegnerische Nordallianz angegriffen. Dabei seien sie von jungen Taleban-Anhängern angegriffen worden. Es kam zu Handgreiflichkeiten, bei denen einige Personen verletzt wurden und die die pakistanische Polizei unter Tränengas-Einsatz beendete. Die Demonstrantinnen lehnten auch die Friedensgespräche in Islamabad ab. Eine RAWA-Sprecherin sagte, in ihren Augen seien alle afghanischen politischen Führer für die Zerstörungen und den Mord an unschuldigen Zivilisten verantwortlich. Bei diesen Gesprächen werde auch nichts anderes herauskommen als bei früheren gescheiterten Anläufen, die Kämpfe zu beenden und, wie die UNO es anstrebt, eine "Regierung auf breiter Basis" zu bilden. Die Demonstrantinnen forderten statt dessen "Freiheit und Demokratie" in Afghanistan. Der Ministerpräsident der NWFP, Sardar Mahtab Ahmad Khan Abasi, verurteilte die Angriffe auf die Frauen und erklärte, daß solche "Akte der Unterdrückung" auf pakistanischem Boden nicht zugelassen würden. Er betonte, die Afghanen sollten ihre Differenzen innerhalb ihrer Grenzen austragen.

Presse: Afghanistan destabilisiert Pakistan

In der pakistanischen Presse mehren sich Stimmen, die die Afghanistan-Politik der Regierung Sharif als verhängnisvoll bezeichnen. Inzwischen würden auch die Spannungen zwischen pakistanischen Sunniten und Schiiten teilweise aus Afghanistan angefacht. Hunderte religiöser Aktivisten hätten in Taleban-Gebieten militärische Unterstützung,

Ausbildung und Zuflucht erhalten, darunter Kämpfer der militanten Gruppe Lashkar-e-Jhangvi, die im Januar das Massaker von Lahore verübten. Sie hätten sich in einem Camp der kashmirischen Extremistengruppe Harkat-ul-Ansar aufgehalten. Auch Aktivisten der sunnitischen 'Sipah-e Sahaba Pakistan' (SSP) seien bereits im Dezember 1996 nach Kabul gegangen und hätten an der Taleban-Offensive gegen Mazar-e Sharif im Mai 1997 teilgenommen. Zudem hätten seit 1996 mittlerweile 10.000 bis 15.000 pakistanische Medressenschüler an der Seite der Taleban gekämpft. Tausende seien heimgekehrt, um in Pakistan eine islamische Revolution im Taleban-Stil durchzuführen. Taleban-Prediger würden inzwischen regelmäßig an Medressen in Karachi, in der NWFP und Beluchistan zu einem islamischen Aufstand in Pakistan aufrufen. Zudem würde der Schmuggel an der afghanisch-pakistanischen Grenze, der einen Wert von 2,5 Milliarden US-Dollar besitze (ohne den Drogenschmuggel von 1 Mrd. US\$) wenigstens mit zwei Prozent zu Pakistans Inflationsrate beitragen. Trotzdem habe Finanzminister Sartaj Aziz gefordert, daß Pakistan Afghanistan nun ökonomisch als fünfte Provinz betrachten solle.

Indien: Aktiver in Afghanistan

Indiens Premier- und Außenminister Atal Bihari Vajpayee hat Anfang Mai eine Überprüfung von Indiens Afghanistan-Politik angeordnet. Vajpayee bezog sich auf das Wahlprogramm der mittlerweile regierenden 'Bharatiya Janata Party', in dem eine aktivere Rolle Indiens bei der Suche nach einer friedlichen Lösung des Konflikts, der auch destabilisierend auf Indien wirke, unter Wahrung der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten vorgesehen ist. Er empfahl dem Außenministerium eine Ausweitung der diesbezüglichen Kooperation mit der UNO.

Anfang vom Ende der Taleban?

Eine "neue politische Gruppe könnte aus der Asche der Taleban aufsteigen", schrieb die pakistanische Tageszeitung 'Frontier Post' (Peshawar) Anfang Mai. Viele Anhänger der Bewegung seien für eine "islamisch-demokratische Regierung in Afghanistan", da sie aber ihr Ziel nicht erreichen konnten, "verlieren sie

nach und nach ihr Vertrauen in die Taleban-Regierung". Außerdem hätten sich den Taleban viele Ex-Mujahedin angeschlossen, die mit ihren früheren Führern unzufrieden gewesen seien. Sie seien gegenwärtig dabei, mit ihnen wieder Kontakte herzustellen. Die 'Frontier Post' nennt in diesem Zusammenhang vor allem Gulbuddin Hekmatyar und Abdur Rasul Sayyaf. Eine dritte Gruppe, die mit den Taleban brechen könnte, sieht die Zeitung in den 'Warlords', die sich ihnen nur angeschlossen hätten, um "ihren Reichtum und Einfluß" zu bewahren und auf die Unterstützung Pakistans gehofft hätten. Diese Gruppen seien unzufrieden darüber, "daß die Afghanen wieder einmal von einer Supermacht mißbraucht worden seien" und Pakistan sei "die Zunge dieser Supermacht".

ECO tagt ohne Taleban

Die Taleban haben dagegen protestiert, daß sie nicht zum fünften Gipfeltreffen der mittelasiatischen Staatengemeinschaft 'Economic Cooperation Organisation' (ECO) eingeladen worden sind, der vom 9. bis 11. Mai in der kasachischen Metropole Almaty stattfand. Afghanistan - das neben Iran, Pakistan, der Türkei, Aserbaidschan, Kasachstan, Kirghisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan ECO-Mitglied ist - wurde durch "Interimspräsident" Burhanuddin Rabbani repräsentiert. Das "Islamische Emirat und das Volk Afghanistans betrachten die Einladung Rabbanis als Fußtritt für die legitimen Rechte von Afghanistans Volk", hieß es in Kabul.

Taleban treiben Frauen zum Selbstmord

Auf eine dramatische Zunahme an Selbstmorden beziehungsweise Selbstmordversuchen afghanischer Frauen haben Mitarbeiter ausländischer Hilfsorganisationen hingewiesen. Mehrere Fälle seien bekanntgeworden, in denen sich Frauen mit Ätzkalk das Leben genommen hätten. Seit der Machtübernahme hätte sich die Zahl der Afghaninnen, die mit schweren Depressionen und Neurosen in psychiatrischen Kliniken aufgenommen werden mußten, mehr als verdoppelt. Zudem habe dies zu einer Zunahme innerfamiliärer Gewalt geführt, da unter den angespannten Umständen die Frustration der Menschen zunähme.

Auch die Prostitution, darunter acht- und neunjährige Kinder, hätte sich verstärkt. Über Selbstmorde werde wegen der Tabuisierung des Themas in der afghanischen Gesellschaft aber nur hinter vorgehaltener Hand geredet.

Spannungen in Mazar-e Sharif

Nach Angaben von Hilfsorganisationen sind im Mai zahlreiche Einwohner aus der nordafghanischen Stadt Mazar-e Sharif geflohen. Dort finden sporadische Gefechte zwischen der 'National-Islamischen Bewegung' ('Jombesch') General Dostums und der schiitischen 'Islamischen Einheitspartei' ('Hezb-e Wahdat') statt, die eigentlich Verbündete innerhalb der Nordallianz sind. Etwa 80 Prozent der Geschäfte im Hauptbasar seien bereits geschlossen. Die 'Wahdat' hatte im Vorjahr nach einem 'Jombesch'-internen Putsch gegen Dostum die Kontrolle über die Stadt übernommen und einen Angriff der Taleban zurückgeschlagen. Dostum war zu Jahresbeginn nach Nordafghanistan zurückgekehrt, hatte sein früheres Hauptquartier Shibarghan zurückerobert und seither Mazar eingeschlossen. Auch der frühere Mujahedin-Führer Gulbuddin Hekmatyar war nach einem Jahr Exil in Iran nach Mazar zurückgekehrt. Die Einwohner Mazars hatten bei einer Demonstration im Frühjahr vergeblich den Abzug aller Kämpfer aus der Stadt verlangt. 'Wahdat'-Truppen hatten das Feuer eröffnet und mehrere Demonstranten erschossen.

Taleban-Religionspolizei jetzt Ministerium

Taleban-Chef Mullah Muhammad Omar hat am 25. Mai die "Abteilung zur Verhinderung des Lasters und zur Förderung der Tugend" - die gefürchtete Religionspolizei der Taleban - zum Ministerium aufgewertet. Ihr bisheriger Chef, Maulawi Mohammad Wali, wurde Minister, Maulawi Alhaj Qalamuddin sein Stellvertreter. Ferner wurden das Ministerium für religiöse Angelegenheiten um Pilgerfahrt-Fragen erweitert und die Abteilungen für Flüchtlinge und für Märtyrer zu einem neuen Ministerium zusammengelagert. Zuvor waren in Kabul etwa 500 Männer wegen zu kurzer Bärte ausgepeitscht und zehn Taxifahrer bestraft worden, weil sie Frauen befördern hatten. Über 100 Frauen wurden öffentlich wegen unvollständiger Verschleierung getadelt.

Preise, Preise

Der Zoowärter Aga Akbar aus Kabul ist einer von 23 Trägern des 1998er Preises des UN-Umweltprogramms

UNEP. Er habe während der 18monatigen Kämpfe trotz Lebensgefahr bei den Tieren ausgeharrt, sie unter extrem schwierigen Bedingungen versorgt und dadurch gerettet, hieß es in der Begründung. In Kampfpausen habe er Minen und Blindgänger auf dem Zoogelände geräumt. Fatana Ishaq Gailani wird im Herbst einen der sieben diesjährigen 'Prinz-von-Asturien-Preise' für internationale Zusammenarbeit erhalten, der nach dem spanischen Thronfolger benannt ist. Gailani ist seit 1993 Vorsitzende des 'Rates afghanischer Frauen', der in pakistanischen Flüchtlingslagern Gesundheits- und Bildungsprojekte für Frauen unterhält und sich für Frauenrechte einsetzt. Dafür wurde sie mehrmals von männerdominierten Mujahedin-Gruppen bedroht.

Kasachisch-afghanische Drogenkooperation

In der ehemaligen Sowjetrepublik Kasachstan würden bereits Chemikalien für die Heroinproduktion in Afghanistan hergestellt, warnte am 27. Mai die Koordinatorin des UN-Drogenkontrollprogramms (UNDCP), Alma Jesirkegenowa in Almaty. Das Land sei außerdem nahe daran, selbst hochwertiges Heroin zu produzieren. Kasachstan habe von der Sowjetunion große Chemiefabriken geerbt, und "unglücklicherweise haben wir sehr gute Chemiker, und viele von ihnen sind arbeitslos". Die UNO schätzte Afghanistans Opiumproduktion 1997 auf 2.700 Tonnen. Etwa eine Million Bauern seien daran beteiligt. Auf einer UN-Drogenkonferenz in Washington Anfang Juni kündigte UNDCP-Chef Pino Arlacchi ein fünf-Milliarden-Dollar-Programm über zehn Jahre an, mit dem Coca- und Opiumkulturen von insgesamt 4.500 Quadratkilometern in Afghanistan, Birma, Laos, Vietnam, Kolumbien, Bolivien und Peru beseitigt werden sollen. Zuvor hatten die Staatschefs der fünf mittelasiatischen GUS-Republiken Turkmenistan, Kasachstan, Kirghistan, Tadschikistan und Usbekistan bei einer Rundreise des OSZE-Vorsitzenden, des polnischen Außenministers Bronislaw Geremek, um mehr Unterstützung beim Kampf gegen den Drogenhandel, vor allem aus Afghanistan, gebeten.

Diplomaten-Flucht

Drei noch vom früheren Präsidenten Rabbani entsandte afghanische Diplomaten haben in westlichen Ländern politisches Asyl beantragt. Nach Angaben der pakistanischen Tageszeitung 'Frontier Post' (Peshawar) handelt es sich um Nur-ul-Huda, amtierender Botschafter in den Vereinigten Arabischen Emiraten, den ersten Sekretär der Bot-

schaft in Kuwait, Abdul Ahad Taraschi, sowie einen Mitarbeiter der Vertretung in Jeddah (Saudi-Arabien).

Ein "Elle-Extrafranc" für Afghanistan

Das französische Modemagazine 'Elle' hat bekanntgegeben, den Preis seiner aktuellen Ausgabe um einen Franc zu erhöhen und das Geld für die Frauen in Afghanistan zu spenden. Für jedes verkaufte Exemplar soll noch ein Franc von der Zeitschrift selbst kommen. Das Geld soll in Afghanistan über die französische Hilfsorganisation 'Action Contre la Faim' verteilt werden.

Taleban auf Kommunisten-Jagd

Taleban-Chef Mullah Muhammad Omar hat erneut angeordnet, ehemalige Kommunisten und ihre Sympathisanten aufzuspüren und zu "bestrafen". Die "dreckigen und ausgestoßenen Kommunisten", die unter "diesem und jenen Namen" operierten, trügen "die Hauptverantwortung für den Einmarsch der sowjetischen Truppen und den 18jährigen Bürgerkrieg", zitierte ihn Radio Schariat in Kabul am 31. Mai. Ein Taleban-Sprecher ergänzte, "prokommunistische Elemente" hätten in der letzten Zeit ihre Aktivitäten in Kabul ausgedehnt. Ihre Gegner werfen den Taleban jedoch vor, sie hätten selbst frühere prominente Mitglieder der sowjetisch unterstützten Demokratischen Volkspartei Afghanistans in ihren Reihen, meist als Artilleriespezialisten und Kampfflieger. Eine anonyme Quelle im Internet zählt dazu auch mehrere Minister der Taleban, darunter Innenminister Mullah Khairullah Khairkhwā, der unter Babrak Karmal in Moskau beim KGB ausgebildet worden sein soll.

Taleban denken nuklear

Verständnis für die pakistanischen Atomwaffentests hat das Außenministerium der Taleban gezeigt. In einer Erklärung vom 30. Mai heißt es, während Afghanistan an seiner Politik der Nichtverbreitung festhalte und Pakistan gebeten habe, Zurückhaltung bei den Tests zu üben, habe Pakistan angesichts der indischen Atomwaffentests das Recht dazu. Die internationale Gemeinschaft habe es versäumt, Indien ausreichend stark zu verurteilen. Die Nuklearversuche Pakistans, hieß es weiter, seien eine Angelegenheit "äußerster Befriedigung nicht nur für Pakistan, sondern für die gesamte islamische Welt". Die indischen Atomtests hatte Taleban-Informationsminister Abdul Hakim Mujahid als "Aktion nicht nur gegen Pakistan, sondern gegen die gesamte

islamische Welt" verurteilt.

Erdbebenkatastrophe

Ein zweites Erdbeben binnen vier Monaten hat am 30. Mai in den afghanischen Nordostprovinzen Tokhar und Badakhshan 3.000 bis 5.000 Menschen getötet. Nach Angaben von Hilfsorganisationen wurden dabei in den am schwersten betroffenen Distrikten

Chah-ab, Shahr-e Bozorg und Rostaq 34 Dörfer völlig und über 60 teilweise zerstört. Die meisten Opfer fielen von dem Beben ausgelösten Erdrutschen zum Opfer, darunter allein im Dorf Dashtak 1.200 Menschen einschließlich von 140 Kindern, die in der Schule verschüttet wurden. Die Rettungs- und Hilfsmaßnahmen wurden durch Nachbeben, schwere Regenfälle und fehlende Hubschrauber behindert. Mangelnde Nah-

rungsmittel und Wasserknappheit ließen vor allem Durchfallerkrankungen grassieren. In manchen Dörfern hätten die Menschen nur Gras zu essen, Brunnen und Quellen seien verschüttet. Sarah Russell, Sprecherin des UN-Koordinators für humanitäre Hilfe sprach von einem "Alptraum". Das Beben hatte eine Stärke von 7,1 auf der Richter-Skala, war stärker als das im Februar und betraf ein größeres Gebiet.

Krieg auf Erdbebentrümmern

Keine Spur mehr von Gesprächsbereitschaft

von Thomas Ruttig

Nicht einmal mehr das zweite Erdbeben binnen vier Monaten konnte die verfeindeten Parteien in Afghanistan dazu bringen, das Feuer einzustellen. Selbst auf den Trümmern in der am meisten von dem Beben betroffenen Provinz Tokhar im Nordwesten des Landes kämpften die Taleban und ihre Gegner von der 'Islamischen Front zur Rettung Afghanistans' (die sogenannte Nordallianz) weiter gegeneinander.

Masud Khalili, Indienbotschafter des von den Taleban aus Kabul vertriebenen "Interimspräsidenten" Burhanuddin Rabbani, erklärte in Delhi, die Taleban hätten noch zwei Tage nach dem Erdbeben vom 30. Mai dessen Truppen auch in Tokhar angegriffen. Diese wiederum beschuldigten Rabbanis Leute, mit den Kämpfen begonnen zu haben. Beide Seiten schlossen auch für die kommenden Tage eine wenigstens befristete Waffenruhe aus, meldete die britische BBC. Die Taleban wollen nicht einmal den Opfern der Naturkatastrophe helfen, weil das Erdbebengebiet auf dem Territorium ihrer Gegner liegt. "Wir haben nicht die Absicht, Hilfsgüter in die Region zu entsenden", sagte Taleban-Informationsminister Mullah Amir Khan Mutaqi am 3. Juni vor Journalisten in Kabul lakonisch. Das war bei ersten Beben im Februar noch anders. Damals hatten die Taleban noch einen ziemlichen Rummel um ihre Lieferungen an die "lieben afghanischen Landsleute" veranstaltet.

US-Vermittlung verlief im Sande

Die Positionen beider Seiten haben

sich verhärtet, seit Ende April ein von der UNO und der 'Organisation Islamische Konferenz' (ICO) assistierter Vermittlungsvorstoß des US-Botschafters bei der UNO und Ex-Senators, Bill Richardson, zunächst Hoffnung erzeugt, dann aber im Sande verlaufen war. Vor kurzem wurde sogar die einzige bilaterale Vereinbarung aus den ersten offiziellen Direktgesprächen, Ende April im pakistanischen Islamabad, zur weiteren Friedenssuche ein Komitee aus je 20 Geistlichen beider Seiten zu etablieren, aufgekündigt. Der - nicht anerkannte - Taleban-Botschafter bei den Vereinten Nationen, Abdulhakim Mujahid, begründete: "Weil es eine negative Haltung der Opposition und teilweise der UNO gibt, können wir damit nicht weitermachen."

Vorausgegangen war eine Initiative des neuen Afghanistan-Sondergesandten des UN-Generalsekretärs Lakhdar Brahimi, ehemaliger Außenminister Algeriens. Brahimi weiß, daß der Schlüssel für eine Beendigung des fast 20jährigen Krieges in Afghanistan in dessen Nachbarländern liegt. Deshalb holte er erst einmal die einflußreiche ICO mit ihren 55 Mitgliedsstaaten - darunter Pakistan, Iran und Saudi-Arabien - in sein Boot. Bei seiner dreiwöchigen Reise durch Pakistan, die GUS-Staaten Usbekistan und Turkmenistan sowie die Hauptquartiere der wichtigsten afghanischen Fraktionen begleitete ihn der New Yorker ICO-Präsident Muhammad Mukhtar Lamani. Gemeinsam warben sie für ein Waffenembargo, das für Brahimi das Kernstück seines Friedensplanes darstellt. Den unterstützen bereits die "Großen Zwei" der

sogenannten 6+2-Gruppe, die USA und Rußland. Auch in Islamabad, Taschkent und Teheran sprachen sich hochrangige Politiker für das Embargo aus. Doch gerade dort sitzen die wichtigsten Waffenlieferanten der Taleban und ihrer Gegner. Der UN-Sicherheitsrat hatte ihnen kurz zuvor indirekt bescheinigt, daß sie ihren afghanischen Verbündeten "in den letzten Monaten" noch Waffen geliefert haben - also noch in diesem Jahr, als der Algerier seinen Plan schon bekanntgegeben hatte.

Parallel bemühten sich Brahimi und Lamani, die afghanischen Fraktionen für Gespräche zu gewinnen. Dabei hatten sie Wiederaufbauarbeit zu leisten: Brahimis Vorgänger, der Deutsche Norbert Holl, hatte mit seinem, Insidern zufolge, harschen Stil dafür gesorgt, daß innerafghanische Kontakte aussichtslos erschienen. Schließlich einigten sich die Taleban und ihre Gegner, ein Vorbereitungskomitee aus je fünf Geistlichen zu bilden sowie auf den Verhandlungsort Pakistan. Dann kam Richardson ins Spiel. Damit engagierten sich die USA erstmals seit dem Abzug der Sowjets vor zehn Jahren wieder ernsthaft für eine politische Regulierung des Afghanistan-Konflikts.

Gleichzeitig mehrten sich Stimmen, die forderten, die bewaffneten Parteien ganz aus der Konfliktlösung herauszuhalten. In Peshawar forderte eine Delegation religiöser und Stammesführer aus Südafghanistan den UN-Abgesandten auf, seine Aufmerksamkeit auf "friedliebende gemäßigte und patriotische Afghanen" zu konzentrieren, "anstatt Zeit mit den sogenannten Jihad- und militärischen Gruppen zu ver-